

# Qualifizierungsoffensive Niedersachsen



# Gemeinsame Erklärung der Partner der Qualifizierungsoffensive Niedersachsen

## Vorbemerkung

Qualifizierte Fachkräfte haben für die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Unternehmen und damit für den Standort und die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven Niedersachsens zentrale Bedeutung.

Der niedersächsische Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Arbeitslosigkeit hat im Jahr 2008 den niedrigsten Stand seit 16 Jahren erreicht. Dabei haben sich in vielen Branchen bereits deutliche Zeichen von Fachkräftemangel gezeigt. Ein besonderer Bedarf besteht an akademischen Fachkräften in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – den so genannten MINT-Qualifikationen. Auch in zahlreichen Handwerks-, Dienstleistungs- und Industriebetrieben besteht ein Mangel an Fachkräften z.B. mit Gesellen-, Facharbeiter- und Meisterabschluss.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat inzwischen auch den Arbeitsmarkt erreicht, so dass in diesem Jahr mit ansteigenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen ist. Die Partner appellieren in diesem Zusammenhang an die Unternehmen, Zeiten der Unterbeschäftigung und Kurzarbeit gezielt für Qualifizierungsmaßnahmen zu nutzen, um gestärkt aus der Krise hervor zugehen.

Gleichwohl wird der Bedarf an qualifizierten Fachkräften aufgrund des strukturellen Wandels hin zur Wissensgesellschaft mittel- und langfristig auch in Niedersachsen weiter steigen. So ist der Anteil der Akademikerinnen und Akademiker an allen Beschäftigten von 1998 bis 2006 von 5,7 auf 7,5 % gestiegen, dabei war der Zuwachs in den wissensintensiven Branchen der gewerblichen Wirtschaft besonders hoch. Auch der Anteil der Beschäftigten mit gehobener Qualifikation wie z.B. Techniker/innen, Meister/innen und Fachwirte/innen ist bundesweit wie in Niedersachsen deutlich gestiegen. Alle Experten gehen davon aus, dass sich dieser Trend weiter fortsetzen wird.

Eine weitere Herausforderung stellt der demografische Wandel dar. Das niedersächsische Arbeitskräftepotential wird bis zum Jahr 2020 vor allem durch Alterung und danach durch Schrumpfung gekennzeichnet sein. Die Zahl der Schulabsolventinnen und -absolventen wird schon in wenigen Jahren in allen Schulformen, insbesondere an Haupt- und Realschulen, deutlich zurückgehen. Gleichzeitig werden bis zum Jahr 2020 rund 520.000 Beschäftigte – davon rund 37.000 Akademikerinnen und Akademiker – altersbedingt aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Der Bedarf an Fachkräften wird insbesondere nach dem Jahr 2020 steigen, wenn schrittweise die geburtenstarken Jahrgänge altersbedingt aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden werden. Langfristig wird das Arbeitskräftepotential um mindestens 10 % zurückgehen.

Die Leistungsfähigkeit des dualen Systems der Berufsausbildung legt die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft. Berufliche Fähigkeiten und berufliches Wissen müssen nach der Erstausbildung aber ständig angepasst und erweitert werden.

Qualifizierung verbessert die beruflichen Perspektiven und Aufstiegschancen jedes Einzelnen. Um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken, müssen im Bildungssystem einschließlich der beruflichen und akademischen Ausbildung schon heute die richtigen Weichen gestellt und möglichst alle Potentiale genutzt werden. Dazu gehören auch Migrantinnen und Migranten sowie ältere Beschäftigte und Arbeitslose.

Zudem ist eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs unerlässlich; dazu sind verbesserte Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich.

Vor diesem Hintergrund sehen die Partner der Qualifizierungsoffensive Niedersachsen gemeinsamen Handlungsbedarf und vereinbaren eine Qualifizierungsoffensive bis zum Jahr 2013. Im Jahr 2011 soll eine Zwischenbilanz gezogen und so die Möglichkeit der Weiterentwicklung oder Modifizierung von Zielen und Maßnahmen eröffnet werden.

Im Einzelnen haben sich die Partner der Qualifizierungsoffensive Niedersachsen auf folgende Ziele und Maßnahmen verständigt:

## **1. Die Orientierung hin zu gewerblich technischen Berufen und MINT-Studiengängen bereits in den Schulen und früher fördern**

In den Unternehmen ist der Bedarf an qualifizierten Fachkräften mit Gesellen-, Facharbeiter- oder Meisterabschluss gerade in den Metall- und Elektroberufen in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Zahlreiche Betriebe finden trotz intensiver Bemühungen bereits heute keine qualifizierten Fachkräfte mehr. Die Partner der Qualifizierungsoffensive erwarten, dass sich dieser Trend mittel- und langfristig fortsetzen wird. Dafür sprechen allein die absehbaren starken Rückgänge der Schulabsolventinnen und -absolventen insbesondere an Haupt- und Realschulen in den nächsten Jahren.

Das Studium von MINT-Fächern stellt an die Studierenden besondere Anforderungen in der Mathematik, in den naturwissenschaftlichen und in den technischen Fächern. Deshalb müssen diese fachlichen Grundlagen bereits in der Schule gelegt werden.

Modellrechnungen des Kultusministeriums zum fächerspezifischen Lehrkräftebedarf und Bestand zeigen, dass es landesweit vorrangige Handlungsbedarfe in den Fächern Informatik, Mathematik, Physik, Chemie und Technik sowie in den beruflichen Fachrichtungen Metalltechnik, Elektrotechnik und Kraftfahrzeugtechnik, gibt.

### **Ziele:**

Die Partner der Qualifizierungsoffensive halten es für erforderlich die Zahl der Jugendlichen, die einen gewerblich-technischen Ausbildungsberuf oder ein MINT-Studium ergreifen wollen, spürbar zu erhöhen.

Die Vermittlung naturwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse soll bereits bei der frühkindlichen Bildung Berücksichtigung finden.

Die Unterrichtsversorgung in MINT-Fächern soll weiter verbessert werden.

Die Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig für MINT-Themen und Aufgabenstellungen interessiert werden und praktische Einblicke in die entsprechenden Berufsfelder bekommen.

Die Berufsorientierung soll in den Allgemeinbildenden Schulen, insbesondere an Realschulen und Gymnasien, über gewerblich-technische Berufe intensiviert werden. Insbesondere Frauen sollen für gewerblich-technische Berufe interessiert werden.

Die Lehrerausbildung soll noch stärker auf die Themen Berufsorientierung, Wirtschaft und Technik ausgerichtet werden. Die experimentelle Kompetenz und die Didaktik in der Ausbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern soll gestärkt werden.

## Maßnahmen:

- Die Landesregierung wird die Unterrichtsversorgung, insbesondere in technischen Fächern wie Physik und Mathematik verbessern. Sie reagiert auf den bestehenden Lehrkräftebedarf in den Fächern Mathematik, Technik, Naturwissenschaften und Informatik mit umfangreichen Sondermaßnahmen. Dazu gehören die Schaffung zusätzlicher Studienplätze, die gezielte Werbung für das Lehramtsstudium, die bevorzugte Einstellung der Mangelfach-Bewerber/innen in den Vorbereitungsdienst, die Anwerbung von Lehramtsanwärtern/innen und für den Lehrerberuf qualifizierten Quereinsteigern/innen und die Anwerbung von ausgebildeten Lehrkräften aus Nachbarländern mit Lehrerüberhang.
- Die MINT-Fächer müssen außerdem vom aktuellen Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und –entwicklung profitieren. Zu nennen sind hier insbesondere die Bereitstellung zusätzlicher Stellen zur Einstellung von Lehrkräften in den Vorbereitungsdienst und in den Schuldienst, die Möglichkeit für Referendarinnen und Referendare, zusätzlich Unterricht zu erteilen, die Übertragung des „Neustädter Modells“ (Verzahnung von Haupt- und Berufsschulunterricht) auf weitere Hauptschulen sowie eine Verbesserung des Mathematikunterrichts an Grund- und Hauptschulen.
- Der Aufbau einer Ausbildung von Lehrkräften für das Lehramt an berufsbildenden Schulen zur Einführung der beruflichen Fachrichtung Kraftfahrzeugtechnik soll in einem weiteren Kooperationsmodell zwischen Fachhochschule und Universität verwirklicht werden.
- Bei der Neugestaltung von Curricula in den naturwissenschaftlichen Fächern wird die Landesregierung vermehrt die Anwendungsebene der Naturwissenschaften und Technikinhalte integrieren. Experimenteller Unterricht soll gestärkt werden, damit Schülerinnen und Schüler naturwissenschaftliche Denkmuster erwerben können.
- An Gymnasien und Gesamtschulen werden naturwissenschaftliche bzw. technische Schwerpunkte verstärkt.
- Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Unternehmen sollen weiter ausgebaut werden, so dass ein flächendeckendes Netz von Kooperationsprojekten entsteht. Die Partner verweisen in diesem Zusammenhang auf die Stiftung NiedersachsenMetall, die mit ihrem MINT-Kooperationsnetzwerk 120 Unternehmen, 140 Schulen und 10 Hochschulen unterstützt, das Projekt „Mein erstes Chemiepraktikum“ und den Wettbewerb „Chemie und Schule“ des VCI Nord, die Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen, die Schulkooperationsprojekte zum Thema „Grüne Biotechnologie“, die Einrichtung von Schülerfirmen und –genossenschaften und das Projekt „Jugend entdeckt Technik“ (JET) fördert sowie die MINT-Initiative der Stiftung der Deutschen Wirtschaft.
- Die Partner begrüßen sowohl die Aktion „Haus der kleinen Forscher“ der IHK Hannover, die an Kindertagesstätten startet als auch das Experimentierfeld „Miniphänomente“ der Stiftung NiedersachsenMetall an Grundschulen und verweisen auch auf die neue Projektplattform Tecnopedia der IHKn. Tecnopedia bündelt eine umfassende Vermittlung von Projekten, Praktika und weiteren Mitmach-Aktionen im MINT-Bereich. Die IHKn werden bei ihren Mitgliedsunternehmen dafür gezielt werben und diese unterstützen.
- Die Landesregierung, NiedersachsenMetall und die IHK Hannover werden zusammen als Gesellschafter mit vielen anderen Kooperationspartnern die 2007 erstmalig durchgeführte IdeenExpo auch zukünftig im Zweijahresrhythmus durchführen und fördern. Die IdeenExpo will als Mitmach- und Erlebnisveranstaltung junge Menschen für naturwissenschaftliche und technische Sachverhalte und Berufe begeistern.
- Die niedersächsischen Hochschulen haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt gegenüber den Schulen geöffnet. Dazu gehören Angebote wie Schülerlabore, Kinderuniversitäten und „Tage der offenen Tür“. Mit der Möglichkeit eines „Frühstudiums“ sollen

besonders Begabte frühzeitig an die Hochschulen gebunden werden. Die Partner der Qualifizierungsoffensive fordern die Hochschulen auf, diese Angebote weiter auszubauen.

- Die Partner der Qualifizierungsoffensive begrüßen die vielfältigen Aktivitäten anderer Akteure zur MINT-Orientierung, wie z.B. des Vereins Deutscher Ingenieure e.V. (VDI), des Vereins für Straßenbau- und Verkehrsingenieure (VSVI), des Verbands der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. (VDE) und ChemieNord. Dazu gehört auch die „Tech to you“ im Rahmen der Hannover Messe Industrie (HMI).
- Die Partner sprechen sich angesichts der demografischen Entwicklung und des Anmeldeverhaltens der Eltern für eine stärkere Kooperation von Haupt- und Realschulen insbesondere beim Thema Berufsorientierung aus.
- Die Chancen und Möglichkeiten gewerblich-technischer Berufe bilden auch in den kommenden Jahren einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen der Aktivitäten zur Orientierung und Beratung von Jugendlichen durch die Agenturen für Arbeit.
- Die Partner sprechen sich dafür aus, dass insbesondere in den Realschulen und den Gymnasien feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für das Thema Berufswahl Schule und Wirtschaft eingesetzt und berufsorientierende Inhalte ausgebaut werden. Diese Ansprechpartner/innen sollten auch nach dem Schulbesuch als Bezugspersonen den Jugendlichen zur Verfügung stehen. Vorbild könnte hier das Bundesprogramm Berufseinstiegsbegleiter sein.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive befürworten berufsbegleitende Fortbildungen, Betriebsbesuche oder Praktika für Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen, um experimentelle und praxisorientierte Unterrichtselemente zu stärken. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die in Vorbereitung befindliche Stiftungsprofessur an der Universität Lüneburg, das Pilotprojekt zur lernortkooperativen Fortbildung im Bereich Mechatronik an der berufsbildenden Schule in Neustadt und Lehrerpraktika in Wirtschaftsbetrieben.

## **2. Dem akademischen Fachkräftemangel vorbeugen - insbesondere die Zahl der MINT-Absolventinnen und -Absolventen erhöhen**

Im Studienjahr 2008 nahmen rund 27.000 Studienanfängerinnen und -anfänger ihr Studium auf, was einem Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung von rund 31 % entspricht (Studienanfängerquote). Im gleichen Jahr erwarben in Niedersachsen rund 40.000 Schulabsolventinnen und -absolventen ihre Hochschul- oder Fachhochschulreife. Studienanfängerinnen und -anfänger aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund sind dabei unterrepräsentiert.

Die Landesregierung erwartet, dass die Zahl der Studienberechtigten bis zum Jahr 2010 um rund 10 % auf 44.000 steigen wird. Aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs werden es im Jahr 2011 rund 70.000 und in den Folgejahren rund 45.000 sein.

Im Studienjahr 2006 gab es knapp 6.900 MINT-Absolventinnen und -Absolventen, darunter 3.250 in Mathematik und Naturwissenschaften sowie 3.640 in den Ingenieurwissenschaften. Erfreulich ist die Tatsache, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger bei den Ingenieurwissenschaften in den Jahren 2007 und 2008 deutlich um jeweils 5 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

Gleichwohl sind die Studienabbruchquoten in den MINT-Studiengängen bundesweit um rund ein Drittel höher als bei anderen Studiengängen mit rund 20 %. Besonders hoch sind sie in den Fächern Elektrotechnik (36 %) und Maschinenbau (32 %). Unter Berücksichtigung von weiteren Fächerwechslern, liegen die so genannten Schwundquoten bei den ingenieurwissenschaftlichen Fächern teilweise sogar bei rund 50 %.

Die Partner sehen für erhöhte Abbruchquoten in den MINT-Studiengängen vor allem folgende Ursachen:

- Die Studienanfängerinnen und -anfänger haben zum Teil mangelnde fachliche Vorkenntnisse.
- Die Umstellung auf Bachelorstudiengänge hat die Curricula insbesondere an den Fachhochschulen verdichtet und die Anforderungen sind gestiegen.
- An den Fachhochschulen sind die Praxissemester, die für die Motivation der FH-Studierenden besonders wichtig sind, größtenteils entfallen.

### **Ziele:**

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Studienanfängerquote langfristig auf 40 % eines Jahrgangs zu erhöhen und allen Studierwilligen einen Studienplatz anzubieten. Das gilt auch für die Absolventinnen und Absolventen des so genannten „doppelten Abiturjahrgangs“ im Jahr 2011.

Die Zahl der Studienabsolventinnen und -absolventen mit MINT-Qualifikationen soll spürbar gesteigert werden. Die Hochschulen streben eine Erhöhung der Absolventinnen und Absolventen in den MINT-Fächern bis zum Jahr 2015 um 15 % an. Junge Frauen sollen verstärkt für MINT-Studienfächer gewonnen werden.

Die Studienabbruchquoten sollen in den Ingenieurwissenschaften mittelfristig bis zum Jahr 2013 auf rund 20 % gesenkt werden.

Die Hochschulen sollen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium und Familie ergreifen und den Weg hin zu einer familienfreundlichen Hochschule beschreiten.

### **Maßnahmen:**

- Mit den Maßnahmen zum Hochschulpakt 2020 werden an den niedersächsischen Hochschulen in den Jahren 2007 bis 2010 rund 11.200 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen. Für diese rund 11.200 zusätzlichen Studienmöglichkeiten sind bis 2010 rund 108 Mio. Euro (davon 50 % Bundesmittel) eingeplant.
- Für die Jahre 2011 und 2012 sind in der Mittelfristigen Planung Mittel in Höhe von rund 204 Mio. Euro für rund 20.800 weitere neue Studienanfängerinnen und -anfänger enthalten. Die Mittel sollen im Wesentlichen für zusätzliches Personal in der Lehre eingesetzt werden. Darüber hinaus werden zusätzliche Studienplätze geschaffen, wenn sich weiterer Bedarf abzeichnen sollte.
- Die Landesregierung wird die Studienkapazitäten in den MINT-Fächern im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 gezielt ausbauen. Dies gilt auch für die zweite Phase ab 2011.
- Die Hochschulen werden bei der Durchführung gezielter Werbemaßnahmen zur Belegung freier Kapazitäten finanziell unterstützt.
- Die Agenturen für Arbeit unterstützen das Ziel der Landesregierung, die allgemeine Studienanfängerquote zu erhöhen, in dem sie Studienberechtigte im Rahmen der Berufsorientierung und –beratung systematisch über die sich bietenden Möglichkeiten eines Hochschulstudiums aufklären. Die akademischen und nichtakademischen MINT-Berufe spielen sowohl hier als auch bei der Orientierung und Beratung von Schülerinnen und Schülern, die eine duale oder schulische Berufsausbildung anstreben, eine besondere Rolle. Im Fokus stehen dabei gerade auch junge Frauen.

- Die Zahl Dualer Studiengänge in den MINT-Fächern soll in Kooperation von Hochschulen und Unternehmen ausgeweitet werden. Duale Studiengänge bieten die Möglichkeit, Fachkräfte frühzeitig an ein Unternehmen zu binden und bieten den jungen Menschen eine attraktive Perspektive für den Berufseinstieg. Die Vereinbarkeit der beiden Ausbildungen stellt an die Studierenden hohe Anforderungen. Deshalb müssen eine Ausbildungsvergütung sowie eine Übernahme der Ausbildungskosten klar geregelt sein. Die Hochschulen werden durch das Land in die Lage versetzt, die Dual Studierenden zu begleiten und die Voraussetzungen für die Ausweitung des Dualen Studiums zu schaffen.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive werden gemeinsam prüfen, ob die regional bestehenden Studienangebote auf die regionalen Fachkräftebedarfe der Unternehmen in ausreichender Weise ausgerichtet sind. Dort wo Anpassungsbedarf besteht, soll dies in der Hochschulplanung und im Rahmen der Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 berücksichtigt und umgesetzt werden.
- Studienanfängerinnen und -anfänger an den Universitäten und Fachhochschulen sollen durch zusätzliche Tutorien- und Mentoringangebote, Vorkurse u. ä. besser gefördert werden. Diese Angebote dienen auch dazu, um ggf. fehlendes Grundlagenwissen oder Lernrückstände nachzuvermitteln. Vorhandene Mittel für die nicht-kapazitäre Lehre (ergänzende Lehrangebote) sollten gezielt für solche Angebote verwendet werden. Dies soll Gegenstand der Vereinbarungen zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) und Hochschulen werden.
- In Studiengängen, in denen die Abbruchquoten besonders hoch sind, werden die Hochschulen die Anforderungen der Curricula überprüfen. Die Wiedereinführung von Praxissemestern sollte in jedem Angebot grundsätzlich erwogen werden.
- Die Partner fordern die Hochschulen auf, Best-Practice-Beispiele guter Lehre zu kommunizieren und auszuzeichnen.
- Im Rahmen der Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Land werden Maßnahmen zur Reduzierung von Abbruchquoten in besonders betroffenen Studiengängen vereinbart.
- Die Partner begrüßen das von der Landesregierung geförderte Pilotprojekt an der Universität Oldenburg zum Einsatz speziell qualifizierter Hochschullotsen, die ausländische Studierende und Studierende mit Migrationshintergrund bei der Aufnahme des Studiums, bei Problemen im Studium und Alltag sowie beim Übergang vom Studium in den Beruf unterstützen und regen den Einsatz von Hochschullotsen auch an anderen Universitäten an.
- Der Zugang von Migrantinnen und Migranten mit MINT-Vorqualifikationen zu den Hochschulen soll durch besondere Studienangebote erleichtert werden. Vorbild ist das besondere Studienangebot im Bereich Informatik an der Universität Oldenburg. Die Partner setzen sich dafür ein, dass auch in den Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik Möglichkeiten geschaffen werden, die es Migrantinnen und Migranten mit beruflichen und/oder akademischen Vorkenntnissen erlauben, einen akademischen Abschluss zu erwerben.

### **3. Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung verbessern**

Junge Berufstätige mit qualifizierten Berufsabschlüssen aber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung stellen derzeit nur 1 % aller Studienanfängerinnen und -anfänger. Das Potential von jungen Berufstätigen mit qualifizierten Berufsabschlüssen ist jedoch weit größer.

**Ziele:**

Die Partner setzen sich dafür ein, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger aus dem beruflichen Bereich deutlich gesteigert wird und die Zugänge erleichtert werden.

Die pauschale und individuelle Anrechnung beruflicher Qualifikationen ist auszubauen und im Bereich der Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften an allen Hochschulen anzubieten. Die Zahl der berufsbegleitenden Studienangebote soll erhöht werden.

**Maßnahmen:**

- Die Partner sprechen sich dafür aus, verstärkt über die Durchlässigkeit des Bildungssystems und die Möglichkeiten des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter zu informieren.
- Das Land wird an den Hochschulen, die bereits Erfahrung mit der Anrechnung beruflicher Kompetenzen gesammelt haben, Studienangebote für Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Aufstiegsfortbildung einrichten. Die dort erworbenen Kompetenzen sollen unbürokratisch, in nennenswertem Umfang und pauschal angerechnet werden. Darüber hinaus erwarten die Partner, dass auch an den anderen Hochschulen des Landes, die in den Bereichen Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft forschen und lehren, in Zusammenarbeit mit den Unternehmen berufsbegleitende Angebote entstehen und kurzfristig ein pauschales Verfahren zur Anerkennung beruflicher Kompetenzen implementiert wird.
- Die niedersächsische Landesregierung wird das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) ändern mit dem Ziel, die Hochschulzugangsberechtigungen auszuweiten. Die Partner sehen es als notwendig an, dass der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 05./06.03.2009 umgesetzt wird und eine fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung nach einer dualen Berufsausbildung und anschließender dreijähriger Berufstätigkeit vorliegt.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive sehen es als notwendig an, dass die Hochschulen verstärkt Bachelor- und Masterprogramme anbieten, die den Bedürfnissen von jungen Berufstätigen entsprechen. Hierfür sollen Studiengangskonzepte entwickelt werden.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive befürworten Angebote von berufsbegleitenden Bachelor- und Masterstudiengängen an den niedersächsischen Hochschulen. Die Studiengänge sollten so konzipiert sein, dass eine Anrechnung von bereits erworbenen beruflichen Kompetenzen möglich ist und somit eine Studienzeiterkürzung erfolgen kann.
- Die Partner unterstützen das von der Landesregierung begonnene Projekt der „Offenen Hochschule“, welches sich umfassend mit Fragen der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen, der Anerkennung beruflicher Bildung und der Zusammenarbeit mit Trägern der Erwachsenenbildung befasst. Die Partner sehen das Projekt der „Offenen Hochschule“ als Chance für einen weiteren Impuls zur Förderung regionaler Innovationsprozesse und empfehlen eine zügige Ausweitung des Projekts auf alle niedersächsischen Regionen.

**4. Berufliche Weiterbildung fördern**

Berufliche Weiterbildung der Beschäftigten stärkt die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Angesichts des Wandels hin zur Wissensgesellschaft und der demographischen Entwicklung gewinnen ausreichende Qualifikationen sowie die Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Weiterbildung zunehmend an Bedeutung. Die Partner begrüßen die bereits vorhandene Weiterbildungsbereitschaft und Eigenleistung der



Beschäftigten.. Für die Beschäftigten verbessern sich durch Weiterbildung Arbeitsplatzsicherheit und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Gering Qualifizierte, ältere Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte, Frauen mit Kindern und Ausländer/innen sind als Teilnehmende und Adressaten beruflicher Weiterbildung bisher deutlich unterrepräsentiert. Darüber hinaus ist die Weiterbildungsbeteiligung von KMU erheblich geringer als die größerer Unternehmen.

### **Ziele:**

Mit der Qualifizierungsoffensive Niedersachsen soll die Weiterbildungsbeteiligung der Unternehmen und der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2013 spürbar erhöht werden. Dabei soll die Qualität der Weiterbildungsangebote weiter verbessert werden. In diesem Zusammenhang erwarten die Partner auch Weiterbildungsbereitschaft und Engagement der Beschäftigten. Ein besonderes Augenmerk wird auf die bisher unterrepräsentierten Gruppen wie z.B. gering Qualifizierte und ältere Beschäftigte gerichtet.

Die Partner der Qualifizierungsoffensive appellieren an die Unternehmen, bei spürbaren Auftrags- und Umsatzrückgängen Entlassungen weitest möglich zu vermeiden. Soweit tarifvertraglich oder einzelbetrieblich vereinbarte Instrumente, wie z.B. Arbeitszeitkonten, dazu nicht ausreichen, wird den Betrieben die Inanspruchnahme der inzwischen erheblich erweiterten Möglichkeiten der Kurzarbeit empfohlen. Darüber hinaus sollten Zeiten der Unterbeschäftigung und Kurzarbeit gezielt für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. Die Partner der Qualifizierungsoffensive sehen darin die Chance für die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

### **Maßnahmen:**

- Die Partner begrüßen tarifvertragliche Regelungen, die zur Förderung der Weiterbildung bereits in einzelnen Branchen getroffen werden. Sie setzen sich für eine plurale, vielseitige und freie Weiterbildungslandschaft ein.
- Die Agenturen für Arbeit werden die Möglichkeiten der verschiedenen gesetzlichen Instrumente und Sonderprogramme zur Qualifizierung von Beschäftigten zielgerichtet einsetzen und ihre Bemühungen zudem darauf ausrichten, über das Instrument der Kurzarbeit Entlassungen in den Betrieben zu vermeiden und gleichzeitig die Qualifizierung der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern. Insgesamt stehen den Agenturen für Arbeit in Niedersachsen für die Qualifizierung von Beschäftigten im Jahr 2009 rund 58 Mio. Euro zur Verfügung.
- In Ergänzung zu den Förderprogrammen der Bundesagentur für Arbeit (BA) stehen im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW) für die Qualifizierung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen rund 15 Mio. Euro p.a. zur Verfügung. Dieser Betrag wird im Jahr 2009 um 3,5 Mio. Euro auf 18,5 Mio. Euro aufgestockt.
- Für die Zielgruppe Frauen stehen außerdem im Rahmen des Programms Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (FIFA) des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (MS) rund 12 Mio. Euro (ESF- und Landesmittel) im Zeitraum 2007-2013 bereit.
- Das MK fördert in den Jahren 2007-2013 mit rund 55 Mio. Euro EU- und Landesmittel die Modernisierung und Umstrukturierung der bestehenden überbetrieblichen Bildungsstätten z.B. der Kammern oder der Fachverbände zu Kompetenzzentren. Darüber hinaus fördert MK bildungspolitisch innovative Modellprojekte im Bereich der beruflichen Weiterbildung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wie z.B. in den Bereichen Steue

- rungs- und Automatisierungstechnik oder Fertigungs- und Bearbeitungstechnik mit rund 6 Mio. Euro bis 2013.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive sind sich einig, dass insbesondere die Qualifizierungsberatung für KMU ausgebaut und verbessert werden soll. Dies soll u.a. unter Einbeziehung der Sozialpartner mit ihren Bildungsträgern geschehen. Das Land wird die Regionalen Anlaufstellen des Programms Individuelle Weiterbildung in Niedersachsen (IWIn) mit dem Ziel stärken, für Unternehmen und Beschäftigte Lösungen zur Organisation von Weiterbildung anzubieten und Weiterbildungsbedarfsanalysen im betrieblichen Einzelfall zu erstellen. Die Regionalen Anlaufstellen arbeiten zu diesem Zweck eng mit den Arbeitgeberservices der Agenturen für Arbeit zusammen, die die Weiterbildungsberatung für Unternehmen ebenfalls intensivieren werden.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive werden gemeinsam in Niedersachsen eine „Woche der Weiterbildung“ durchführen. Dazu werden die Partner insbesondere für die Notwendigkeit systematischer Personalentwicklung und den Einsatz professioneller Instrumente werben und die Transparenz der bereits vorhandenen Angebote erhöhen.
- Gute Praxisbeispiele sollen bekannt gemacht und auf andere Unternehmen, Branchen und Regionen übertragen werden. Die Partner verweisen in diesem Zusammenhang insbesondere auf das mit dem Bundesweiterbildungspreis prämierte Projekt der Firma Alstom. Es zeigt, wie Beschäftigte in Kooperation mit Bildungsträger, Technikerschule und Fachhochschule zum Technikerabschluss und ggf. auch zum Hochschulstudium in naturwissenschaftlichen Fächern geführt werden können.
- Die BA setzt ihre Informationskampagne „Weiter durch Bildung“ im Jahr 2009 fort.
- Die Partner begrüßen die Initiative „GeWinN“ der Sozialpartner und der AOK Niedersachsen mit dem Ziel, die Gesundheit der Belegschaften zu fördern, ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten und sie für aktuelle und zukünftige Aufgaben zu qualifizieren. Dieser Ansatz soll weiter entwickelt und mit Maßnahmen unterstützt werden.
- Die Partner begrüßen die Fortsetzung und regionale Ausweitung der mit Bundes- und regionalen BA-Mitteln geförderten Modellprojekte zur Qualifizierung und Integration von älteren Arbeitnehmer/innen „Berufschance 50plus“ und regen weitere Projekte unter Einbeziehung regionaler Bildungsträger auch in anderen Regionen an.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive vereinbaren die Einrichtung eines neuen Online-Portals durch das Land, das alle weiterbildungsrelevanten Informationen der Partner bündelt, Links zu den Weiterbildungsangeboten und Fördermöglichkeiten herstellt und Kontaktmöglichkeiten aufzeigt. Die Partner werden ferner durch regionale Präsentationen guter Praxisbeispiele deren Transfer auch in andere Regionen und Branchen fördern.
- Internet- und mediengestütztes Lernen soll für alle Zielgruppen weiter ausgebaut werden. Die Partner der Qualifizierungsoffensive halten es ferner für sinnvoll durch innovative Ansätze wie z.B. Mentoring-Programme die Weiterbildungsbeteiligung von bislang unterrepräsentierten Gruppen zu erhöhen.
- Mütter und Väter in Elternzeit sollen bei der Personalentwicklungsplanung mit berücksichtigt werden und an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilnehmen können. Die 19 Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft (Ko-Stellen) bieten dafür ihre Unterstützung an.
- Die Partner befürworten die Förderung langfristiger Weiterbildungsmaßnahmen z.B. durch Instrumente wie Lernzeitkonten oder Unternehmensstipendien.

## 5. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen fördern und die Arbeitswelt familienbewusster gestalten

Eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen ist von zentraler Bedeutung, um den sich abzeichnenden Fachkräftebedarf erfolgreich zu begegnen. In Niedersachsen ist die Erwerbsquote von Frauen inzwischen auf 66,7 % (2007) gestiegen, sie liegt gleichwohl noch deutlich unter der Erwerbsquote von Männern mit 80,5 %. Außerdem vollzog sich der Beschäftigungszuwachs bei Frauen vor allem im Teilzeitbereich. Der Frauenanteil an der Teilzeitbeschäftigung betrug 2007 86 %, ihr Anteil bei den Vollzeitbeschäftigten in 2007 rund 34 %.

Vielfältige Gründe führen dazu, dass eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen noch immer nur unzureichend gelingt. Fehlende bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten sind häufig die Ursache dafür, dass junge Eltern nach der Geburt ihres Kindes und nach Ablauf der Elternzeit länger als gewollt nicht in ihren Beruf zurückkehren. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Eine familienbewusste Personalpolitik ist ein weiterer wichtiger Baustein, um Frauen wie Männern ein Leben mit Kindern und/oder pflegebedürftigen Personen und Berufstätigkeit zu ermöglichen. Betriebe mit einer familienbewussten Unternehmenskultur sind attraktive Arbeitgeber, die gleichzeitig von einer hohen Arbeitsmotivation, geringer Fluktuation, gutem Betriebsklima und größerer Produktivität profitieren.

### Ziele:

Frauen sollen unabhängig vom Familienstand entsprechend ihren Qualifikationen am Erwerbsleben mit gleichen Chancen teilnehmen können.

Die Partner wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und offensiv für eine familienbewusste Arbeitswelt eintreten. Öffentliche und private Arbeitgeber sollen für eine familienbewusste Arbeitswelt stärker sensibilisiert und motiviert werden.

Kinderbetreuungsangebote sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden – insbesondere für die Altersgruppe der Unter-3-Jährigen. Ergänzend zum Ausbau der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege durch die Kommunen sollen auch betriebliche Kinderbetreuungsangebote und betrieblich unterstützte Kinderbetreuung ausgebaut werden.

Berufsrückkehrerinnen sollen beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gezielt gefördert und unterstützt werden.

Das Berufswahlspektrum von Frauen soll erweitert werden, um ihre beruflichen Möglichkeiten zu verbessern.

### Maßnahmen:

- Die Partner werben gemeinsam außerhalb und innerhalb ihrer Organisationen öffentlichkeitswirksam für eine familienbewusste Arbeitswelt und entsprechende Maßnahmen. Das Land wird in Zusammenarbeit mit den Partnern ab 2010 erneut eine Broschüre mit guten Beispielen für familienbewusste Maßnahmen in niedersächsischen Unternehmen veröffentlichen.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive bekennen sich zu einer „Niedersächsischen Allianz für eine familienbewusste Arbeitswelt“, befördern nachhaltig eine familienbewusste Personalpolitik und leisten damit einen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Niedersachsen. Mittel- bis langfristig sollen in die Allianz die Träger der Kinderbetreuung einbezogen werden.

- Die Partner werden gemeinsam eine zentrale Veranstaltung zur familienbewussten Arbeitswelt durchführen und einen Wirtschaftspreis für familienbewusste Unternehmen ausschreiben.
- Mit der Förderung von inzwischen 19 Koordinierungsstellen aus dem Förderprogramm Frauen und Wirtschaft wird das Land weiterhin dazu beitragen, Unternehmen auch bei der Implementierung einer familienbewussten Unternehmenskultur zu unterstützen. Die Partner werden über Angebote der Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft informieren.
- Bis zum Jahr 2013 soll die Zahl der Unternehmen, Hochschulen und Institutionen, die mit dem „audit berufundfamilie“ der gemeinnützigen Hertie Stiftung zertifiziert sind, von derzeit rund 100 auf ca. 200 verdoppelt werden. Im Rahmen des Förderprogramms FIFA sollen KMU unterstützt werden, das Zertifikat zu erwerben.
- Die Zahl der Betreuungsplätze für Unter-3-Jährige wird deutlich ausgebaut. Ziel ist eine Betreuungsquote von 35 % im Jahr 2013. Die Verantwortung für die Schaffung bedarfsgerechter Betreuungsangebote liegt dabei bei den Kommunen, das Land finanziert bisher 20% der Personalkosten in Kindertagesstätten sowie 20% der Kosten für die Kindertagespflege. Zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren stellen Bund und Land bis 2013 Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt 226 Mio. Euro zur Verfügung. Ab 2009 wird außerdem der Betriebskostenzuschuss zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren erhöht.
- Ergänzend halten es die Partner für sinnvoll, dass Betriebe Kinderbetreuung unterstützen oder sogar selbst anbieten. Insbesondere in Branchen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten tragen solche Maßnahmen maßgeblich dazu bei, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer leichter wird und dass Fachkräfte, insbesondere Frauen, nur kurzfristig aus dem Beruf aussteigen und im Betrieb gehalten werden können.
- Das Land wird einen Leitfaden für betriebliche und betrieblich unterstützte Kinderbetreuung herausgeben. Die Partner halten ferner eine Sammlung und Veröffentlichung der bestehenden besonderen Angebote und Fördermöglichkeiten für betriebliche und betrieblich unterstützte Kinderbetreuung für erforderlich. Dazu gehören Initiativen und Angebote in den Regionen, Aktivitäten der Wirtschaftsverbände, in einzelnen Unternehmen und in den Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft.
- Die Partner werben bei den Ausbildungsbetrieben für ein verstärktes Angebot von Teilzeit-Ausbildungen.
- Berufsrückkehrerinnen werden durch die o.g. Koordinierungsstellen beraten bzw. qualifiziert und im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Arbeitsagenturen und ARGEn besonders gefördert. Die Partner prüfen die Möglichkeit, Praktikumsstellen für Berufsrückkehrerinnen zur Verfügung zu stellen.
- Mit dem Projektförderprogramm FIFA werden Teilzeitmaßnahmen und -ausbildungen für Alleinerziehende, Coaching- und Qualifizierungsprojekte, branchenspezifische Maßnahmen für Berufsrückkehrende und Beratungseinrichtungen für Existenzgründerinnen gefördert.
- Interessierte Partner der Qualifizierungsoffensive werden gemeinsam eine niedersachsenweite Kampagne entwickeln, um moderne Bilder von berufstätigen Frauen und Männern mit Familienaufgaben vorbildhaft und öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und deren Bedeutung für die Wirtschaft, die Familien und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hervorzuheben. Zur öffentlichkeitswirksamen Verbreitung sollen Medienpartner gewonnen werden.

- Die Landesregierung wird im Einvernehmen mit etwaigen Partnern thematisch geeignete Veranstaltungen wie die IdeenExpo noch stärker als bisher dazu nutzen, zur Akzeptanz moderner Rollenbilder von Frauen und Männern beizutragen. Dabei können etwa durch Präsentation erfolgreicher Frauen z. B. in MINT-Berufen gleichzeitig junge Frauen ermutigt werden, sich mehr als bisher auch für technikorientierte Berufsausbildungen und Studiengänge zu interessieren und zu entscheiden.
- Die Partner entwickeln gemeinsam Maßnahmen, um das Berufswahlspektrum von jungen Frauen zu erweitern und verweisen in diesem Zusammenhang u.a. auf den „Zukunftstag“, die IdeenExpo und den „Nationalen Pakt für mehr Frauen in den MINT-Berufen“. Die Arbeitsagenturen werden geschlechtsspezifische Berufsorientierungsangebote für Jugendliche und deren Eltern anbieten.
- Zur besseren Entwicklung von zielgruppenspezifischen Maßnahmen halten es die Partner für erforderlich, dass Daten und Statistiken mit Arbeitsmarktbezug grundsätzlich geschlechtsspezifisch erhoben und veröffentlicht werden. Die Partner werden in ihren Organisationen und Arbeitszusammenhängen dafür werben und prüfen, inwieweit sie dazu beitragen können. Die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen (RD NSB) wird künftig jährlich einen Gender-Bericht veröffentlichen.

## **6. Arbeitslose Menschen bedarfsgerecht qualifizieren**

Die bedarfsgerechte Qualifizierung von Arbeitslosen ist ein wichtiges Instrument zur Integration von arbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt und zur Minderung des Fachkräftemangels.

Auch in Niedersachsen sind gering Qualifizierte ohne Schul- oder Berufsabschluss überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen, zudem ist die Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich länger als bei Personen mit Berufsausbildung. Auch die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von Ausländerinnen und Ausländern korreliert in hohem Maße mit fehlenden beruflichen Qualifikationen. Eine besondere Herausforderung sind ferner junge Erwachsene, die ohne Berufsausbildung bleiben und damit nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

### **Ziele:**

Arbeitslose sollen gezielt für die konkreten Bedarfe des Arbeitsmarktes qualifiziert werden. Ziel ist eine Integration in den 1. Arbeitsmarkt. Besondere Zielgruppen sind Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen, junge Erwachsene und Ältere.

Jungen Arbeitslosen ohne Schulabschluss soll das Nachholen des Hauptschulabschlusses ermöglicht werden.

Neben Personen ohne Schulabschluss und Hauptschulabsolventen/innen sollen auch Realschulabsolventen/innen stärker bei den Qualifizierungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Zusätzlich zur fachlichen Qualifizierung sollen verstärkt überfachliche Schlüsselqualifikationen (soziale, kommunikative, methodische Kompetenzen) vermittelt werden.

## Maßnahmen:

- Die Arbeitsagenturen und Träger des SGB II messen der Qualifizierung von Arbeitslosen im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftebedarf auch in Zukunft eine zentrale Bedeutung bei. Die Arbeitsagenturen und ARGEn stellen im Jahr 2009 rund 203 Mio. Euro für berufliche Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen zur Verfügung. Bei Bedarf können diese Mittel weiter aufgestockt werden.
- Ergänzend stellt das Land bis 2013 zur Qualifizierung und Integration von Arbeitslosen durch berufliche Qualifizierungsmaßnahmen in den ersten Arbeitsmarkt jährlich gut 11 Mio. Euro Landes- und ESF-Mittel sowie für die Zielgruppe benachteiligter junger Menschen im Rahmen der Förderprogramme Jugendwerkstätten und ProAktivCentren (PACE) ca. 30 Mio. Euro Landes- und ESF-Mittel zur Verfügung. Die Qualifizierung und Beratung von erwerblosen Frauen wird mit den Förderprogramm FIFA und den Ko-Stellen gefördert.
- Die Maßnahmen der Arbeitsagenturen und der Träger des SGB II und die Förderprogramme des Landes werden eng aufeinander abgestimmt.
- Die Partner der Qualifizierungsoffensive werden bei Bedarf regionale oder branchenbezogene Qualifizierungsforen wie z.B. der „Runde Tisch Fachkräftebedarf in der Region Wilhelmshaven“ einrichten. Die Landesregierung wird den Aufbau entsprechender Qualifizierungsforen aktiv unterstützen.
- Das von der Arbeitsagentur Wilhelmshaven in Zusammenarbeit mit der Firma Eurogate entwickelte Konzept zur Qualifizierung von Arbeitslosen zu Hafen- und Logistikfachkräften wird von den Partnern als Modellprojekt begrüßt. Eine Übertragung dieses Modells in andere Regionen und/oder Branchen wird empfohlen.
- Der gemeinsame Arbeitgeberservice von Arbeitsagenturen und ARGEn wird mit dem Ziel einer passgenauen Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen weiter ausgebaut.
- Benachteiligte junge Menschen mit Vermittlungshemmnissen werden mit passgenauen Maßnahmen besonders gefördert. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Entwicklung von überfachlichen Schlüsselqualifikationen zu, ohne die Ausbildungsfähigkeit bzw. Ausbildungsreife nicht erreichbar sind. Die Partner begrüßen ferner die Fördermaßnahmen der Arbeitsagenturen und der Träger des SGB II zum Nachholen von Hauptschulabschlüssen. Das Land wird die Maßnahmen in geeigneter Weise unterstützen.
- Die Partner halten eine umfangreiche Unterstützung, Begleitung und Qualifizierung von gründungswilligen Arbeitslosen für erforderlich. Sie begrüßen das neue Förderprogramm der Landesregierung zur begleitenden Gründungsberatung und für so genannte Gründungswerkstätten, das derzeit in Konvergenzgebiet angeboten wird. Sie regen eine Übertragung dieses Konzeptes auch auf andere Regionen Niedersachsens an.
- Arbeitslose mit Migrationshintergrund und mangelnden Deutschkenntnissen sollen durch die Verknüpfung von Sprachförderung und fachlicher Qualifizierung gezielt gefördert werden. Soweit die Agentur für Arbeit berufsbezogene Sprachkurse nicht fördern kann, sollen verstärkt Fördermittel der EU z.B. ESF-Mittel für diese Aufgaben genutzt werden.
- Die Partner begrüßen den Ansatz, vorhandene Qualifikationen im Rahmen von Kompetenzfeststellungsverfahren zu ermitteln sowie Qualifikationen von Zuwanderern, die diese in ihren Herkunftsländern erworben haben, besser als bisher bei deren Weiterqualifizierung zu berücksichtigen.

Hannover, den 26. Mai 2008



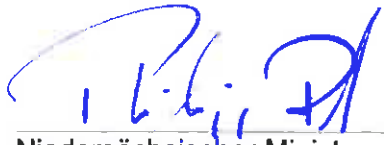
---

Niedersächsischer Ministerpräsident



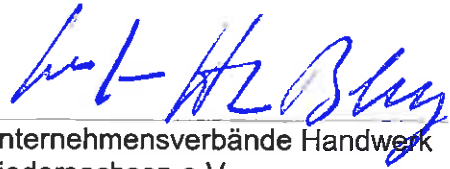
---

Unternehmensverbände  
Niedersachsen e.V.



---

Niedersächsischer Minister  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr




---

Unternehmensverbände Handwerk  
Niedersachsen e.V.



---

Niedersächsischer Minister  
für Inneres, Sport und Integration



---

Niedersachsenmetall –  
Verband der Metallindustriellen  
Niedersachsens e.V.



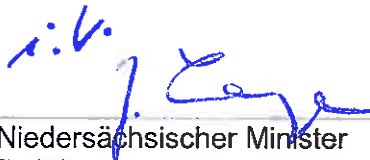
---

Niedersächsische Ministerin  
für Soziales, Frauen, Familie und  
Gesundheit



---

ChemieNord -  
Arbeitgeberverband für die Chemische  
Industrie in Norddeutschland e.V.



---

Niedersächsischer Minister  
für Wissenschaft und Kultur



---

Niedersächsischer Industrie- und  
Handelskammertag



---

Niedersächsische Kultusministerin



---

Niedersächsische IHK-  
Arbeitsgemeinschaft Hannover-  
Braunschweig



---

Bundesagentur für Arbeit  
Regionaldirektion Niedersachsen-  
Bremen



---

Vereinigung der Handwerkskammern  
Niedersachsen



---

Handwerkskammer Hannover